



Bericht und Beschlussempfehlung

des Europaausschusses

a) Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/157 Nr. 1 und 3

b) Schleswig-Holstein stärkt das „Europa der Regionen“

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/218

Der Landtag hat mit Plenarbeschluss vom 30. September 2005 den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen!, Drucksache 16/157 Nr. 1 und 3, federführend an den Europaausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss überwiesen.

In der gleichen Sitzung überwies der Landtag dem Europaausschuss den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, Schleswig-Holstein stärkt das „Europa der Regionen“, Drucksache 16/218.

Der Bildungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 12. Januar 2006 mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN befasst und ihn dem federführenden Europaausschuss vorbehaltlich etwaiger Änderungen durch den Europaausschuss zur Annahme empfohlen.

Der Europaausschuss hat sich in seiner Sitzung am 18. Januar 2006 mit beiden Anträgen befasst und empfiehlt dem Landtag einstimmig den aus den beiden Vorlagen zusammengefassten Antrag in der nachstehenden Fassung zur Annahme:

Schleswig-Holstein stärkt das „Europa der Regionen“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden haben die Debatte über den zukünftigen Weg der Europäischen Union neu entfacht. Dabei steht die Frage im Vordergrund, welches Selbstverständnis die künftige Union haben soll, damit sich die Menschen mit der europäischen Idee stärker identifizieren können. Der Schleswig-Holsteinische Landtag setzt deshalb folgende politische Schwerpunkte, um damit das „Europa der Regionen“ zu stärken:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag betont, dass ein aktives und integratives „Europa der Regionen“ zu einem hohen Maß an europäischer Akzeptanz führen wird. Die Herausbildung regionaler Identität als integrierter Teil europäischer Politik ist deshalb zu unterstützen und auszubauen.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag sieht im „Ausschuss der Regionen“ ein wirksames Instrument zur Stärkung der regionalen Stimme in Europa. Schleswig-Holstein wird weiter eine aktive Rolle in diesem Gremium ausüben und sich nach wie vor für die Stärkung des Gremiums einsetzen.
3. Der Schleswig-Holsteinische Landtag misst den Kooperationen mit den Nachbarregionen hohe europapolitische Bedeutung zu. Ihre Ergebnisse sind für die Bürger konkret und unmittelbar erfahrbar. Dies gilt insbesondere für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark wie für die Kooperation mit den Partnern des Parlamentsforums „Südliche Ostsee“.
4. Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich für eine stärkere Vernetzung der europa-aktiven Organisationen des Landes aus und rät zu einer Aktivierung der Partnerschaften auf allen Ebenen. Der engen europapolitischen Zusammenarbeit zwischen der kommunalen und der Landesebene wächst in einem „Europa der Regionen“ eine besondere Bedeutung zu.
5. Folgender Fragenkomplex soll in den nächsten Europa-Bericht der Landesregierung aufgenommen werden: In welcher Form hat der europäische Einigungsprozess Eingang gefunden in
 - die Lehrpläne der allgemein bildenden Schulen aller Schularten
 - die Lehrpläne der Berufsschulen
 - die Ausbildung und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer
 - die Programme der Träger der Erwachsenenbildung, insbesondere der Volkshochschulen und der politischen Stiftungen?
6. Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt die Arbeit der Europa-Schulen des Landes als wichtige Vermittler europapolitischer Inhalte in Theorie und Praxis. Der in der Legislatur vorzulegende Europa-Bericht der Landesregierung soll die europapolitische Arbeit der Schulen und Hochschulen unseres Landes besonders dokumentieren.

Begründung:

Die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union wird entscheidend davon abhängen, ob die Bürgerinnen und Bürger sich mit den Werten und Inhalten europäischer Politik identifizieren. Den Landesparlamenten kommt in der europapolitischen Vermittlung eine herausragende Aufgabe zu, die sich insbesondere in einem „Europa der Regionen“ umsetzen lässt.

Astrid Höfs
Vorsitzende